

11.02.2015

Warum die Griechen bald einlenken werden

von Michael Heise

Die Lage in Griechenland spitzt sich zu. Auf die Ankündigung der neuen Regierung, sich von der Reform- und Konsolidierungspolitik der Vergangenheit zu verabschieden, haben die Finanzmärkte eine eindeutige Antwort gegeben. Griechenland ist abermals vom Kapitalmarkt abgeschnitten, die Aktienkurse brechen ein und besorgte Bürger ziehen ihr Geld von den Banken ab, die vollumfänglich am Tropf der Europäischen Zentralbank hängen. Steuerzahlungen und Investitionsentscheidungen werden aufgeschoben und die leichte Zuversicht, die bei den Unternehmen und in der Bevölkerung im Jahre 2014 zu spüren war, droht wieder zu zerbrechen. Wenn Athen und seine Geldgeber keine Lösung finden, wären die großen Einschnitte, die der Bevölkerung Griechenlands in den vergangenen Jahren zugemutet worden sind, umsonst gewesen.

Deutschland und die anderen europäische Partner Griechenlands sind für ein Verbleiben des Landes in der Eurozone, genauso wie die überwiegende Mehrheit der Griechen selbst. Die politische Bereitschaft, der neuen Regierung in Athen entgegenzukommen hängt allerdings auch von den möglichen Kosten, die ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion mit sich bringen würde, ab. Diese lassen sich heute besser kalkulieren als in den Wirren der Krise des Jahres 2012.

Die Währungsunion würde sicherlich nicht zusammenfallen wie ein Kartenhaus, wenn man die „griechische Karte“ herauszöge, wie es der neue griechische Finanzminister glauben machen will. Die Ursache für die Instabilität der letzten Jahre war ja gerade die drohende Insolvenz Griechenlands und die dadurch bedingten Ansteckungsgefahren auf andere Länder. Die Stabilität der Währungsunion dürfte eher erhöht werden, wenn klar ist, dass sich die Mitgliedsländer an die vereinbarten Regeln halten. Dass andere Länder einem Ausstieg Griechenlands folgen würden, darf man als sehr unwahrscheinlich ansehen. Ein Austritt Griechenlands würde enorme Einkommens- und Vermögensverluste mit sich bringen und letztlich ein Scheitern der Politik bedeutete. Das dürfte kaum Nachahmer finden.

Ein Ausstieg Griechenlands brächte allerdings auch für die Steuerzahler der Partnerländer erheblich Kosten. Die Rettungskredite der europäischen Partner und der EZB wären zumindest zum Teil abzuschreiben und es wäre offen, in wie weit die Target2-Verpflichtungen der Griechischen Notenbank gegenüber dem Eurosystem – € 49 Milliarden Ende 2014 – beglichen werden würden. Weitere Kosten könnten dadurch entstehen, dass die Banken Griechenlands mit einem Austritt aus der Eurozone rekapitalisiert werden müssten. Die Europäische Gemeinschaft würde wohl auch hier aus eigenem Interesse Unterstützung anbieten.

Unkalkulierbar wären hingegen die politischen Auswirkungen eines Euro-Austritts der Griechen. Auch ohne die gemeinsame Währung würde das Land höchstwahrscheinlich in der Europäischen Union verbleiben und müsste sich dort auf neuer Basis partnerschaftliche Beziehungen aufbauen. Auch würde das internationale Ansehen Europas und des Euro unter einem Griechenland-Austritt leiden, zu einer Zeit in der außenpolitische Herausforderungen ein starkes und geschlossenes Auftreten nötig machen.

Eine im gegenseitigen Interesse liegende Verhandlungslösung sollte möglich sein. Man muss die neue griechische Regierung beim Wort nehmen, wenn sie eine lückenlose Erhebung fälliger Steuern, die Bekämpfung der Korruption sowie die Verbesserung des Rechtssystems ankündigt. Das sind wichtige Reformschritte, die systemveränderndes Potenzial haben. Im Gegenzug sind begrenzte Verbesserungen von Sozialleistungen oder des Mindestlohns sicherlich akzeptabel. Eine rote Linie muss es für die Partnerländer Griechenlands allerdings sein, wenn der Grundsatz in Frage gestellt wird, dass der griechische Staatshaushalt einigermaßen ausgeglichen sein muss. Haushaltsdefizite würden einem Rückgang der hohen Schuldenquote entgegenstehen und sind nach allen Schuldenerleichterungen, die Griechenland in den letzten Jahren zu teil wurden, auch politisch kaum vermittelbar.

Eine weitere Verlängerung von Rückzahlungsverpflichtungen - die ohnehin schon in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts hinein reichen - sowie weitere Zinsermäßigungen sind denkbar als Zeichen der Solidarität. Dafür muss es aber auf griechischer Seite die Bereitschaft geben, den Schuldenberg nicht erneut durch Fehlbeträge im Staatshaushalt anwachsen zu lassen. Das bedeutet, dass einige Wahlgewinne nicht verteilt werden können und die Ausgaben des Staates nur in dem Tempo zunehmen, in dem auch die Steuereinnahmen steigen. Unterstützen sollte die EU Griechenland im Hinblick auf wirtschaftliche Investitionen. Es spräche viel dafür, den „Juncker-Plan“ mit Nachdruck in Griechenland umzusetzen.

Angesichts der horrenden Kosten, die ein Euroaustritt für Griechenland selbst erzeugen würde, wird die Regierung des Landes sicherlich zu einer pragmatischeren Politik bewogen werden können. Wenn die Verhandlungspartner in Brüssel dies nicht bewerkstelligen können, werden es die Finanzmärkte tun.